

# **Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 13.06.2001**

---

Sitzungsort:  
Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 17.35 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Horst Jahnke  
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Ratsherr Gregor Strelow  
Ratsherr Richard Woldmer

für Beigeordneten Wilhelm Leeker

für Ratsherrn Wilhelm Jerems

### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Benedikt Rosenboom

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken - Vorsitzender -

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Erich Bolinius

für Ratsherrn Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **von der Verwaltung**

Stadtrat Ewald Fürst  
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker  
Stadtinspektor z. A. Hilko Mannott als Protokollführer

### **Öffentlichkeit**

2 Zuhörer

## **Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 13.06.2001**

---

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** eröffnet die Sitzung und erläutert, diese Sitzung finde in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden unter Verkürzung der Ladungsfrist statt. Danach stellt Herr Renken die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 01.07.1998

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 01.07.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/511/2  
1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden

**Herr Fürst** begründet die verkürzte Ladungsfrist und führt weiter aus, dass die Verwaltung heute Entwürfe bzw. Diskussionsgrundlagen zur Änderung der Hauptsatzung, der Richtlinie über die Geschäfte der laufenden Verwaltung und der Entschädigungssatzung einbringe. Es werde eine weitere Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses nach der Sommerpause erfolgen, wobei der Termin offen sei, um die Fraktionen nicht unter Zeitdruck zu setzen. In der nächsten Sitzung bringe die Verwaltung dann auch einen Entwurf einer neuen Geschäftsordnung ein, die der "alte Rat" vorbereiten solle und die dann vom "neuen Rat" beschlossen werden müsse. Dann bittet er Herrn Büüsker, die wesentlichen Änderungen darzustellen.

**Herr Büüsker** trägt vor, die Hauptsatzung werde aufgrund der Änderung der NGO vom 19.03.2001 und wegen der EURO-Umstellung zum 01.01.2002 überarbeitet. Der § 13 der Hauptsatzung - Anzahl der Wahlbeamtenstellen - werde dem "Neuen Steuerungsmodell" angepasst.

**Herr Dr. Kleinschmidt** bemerkt, dass durch die Änderung der repräsentativen Vertretung des Oberbürgermeisters im § 9 der Hauptsatzung klargestellt werde, dass der Ratsvorsitzende eigentlich nichts zu sagen habe. Die Reduzierung der Wahlbeamtenstellen im § 13 der Hauptsatzung beinhalte seines Erachtens, dass jetzt nur noch die Stelle des Ersten Stadtrates ausgeschrieben werden könne. Er stelle sich die Gestaltung des Verwaltungsvorstandes jedoch so vor, dass für die Ratsmitglieder immer ein Ansprechpartner da sein sollte. Die Bereiche Bauwesen und Kämmerei seien nach Einstellung eines Finanzfachmannes als neuen Wahlbeamten (Jurist mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen) abgedeckt, wobei ihm der übrige Bereich (Soziales - Schule - Kultur) aber fehle. Er meine, dass zusätzlich zwei weitere Leitende Beamte erforderlich seien. Der Verwaltungsvorstand werde oft mit dem Vorstand einer Aktiengesellschaft verglichen und auch dort seien mehr als drei Leute verantwortlich, z. B. bei der VW AG säßen acht Leute im Vorstand.

### **Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 13.06.2001**

---

**Herr Bongartz** sieht den von der Verwaltung eingebrachten Vorschlag als Diskussionsgrundlage. Allerdings sollte gerade eine kreisfreie Stadt eine qualitativ hochwertige Verwaltung erhalten bzw. wiederbekommen, trotz Sparzwänge müsse die Verwaltung von der Organisation und Qualität her verbessert werden. Auch er vertrete die Meinung, dass zusätzlich zwei weitere Wahlbeamtenstellen vorhanden sein sollten.

**Herr Bolinius** meint, dass sich die Stadtverwaltung nicht mit VW vergleichen lasse. Ein alter Vorschlag des Oberbürgermeisters sei ein zweiter Mann im Verwaltungsvorstand gewesen. Mit diesem neuen Vorschlag sei die Verwaltung zumindestens soweit umgeschwenkt, dass ein vernünftiger Kämmerer zusätzlich vorgesehen werde. Er würde begrüßen, dass gemeinsame Überlegungen bei allen Fraktionen angestellt werden sollten, um zu einer tragbaren Lösung zu kommen.

**Herr Strelow** wirft ein, wenn man das "Neue Steuerungsmodell" einführen wolle, dann müsse man auch den Kopf verschlanken. Die Delegation von Aufgaben dürfe nicht zu kurz kommen.

**Herr Bolinius** sieht nicht die klaren Strukturen wie Herr Strelow, der Verwaltungsvorstand schwebt über der Verwaltung. Ihm fehle die klare Zuordnung der Vorstandsmitglieder zu ihren Geschäftsbereichen.

Für **Herrn Bongartz** hat die Gestaltung der Verwaltungsspitze nichts mit dem "Neuen Steuerungsmodell" zu tun. Das Modell müsse in den Köpfen der Leute, auch des Verwaltungsvorstandes, umgesetzt werden. Die Frage wäre nun, wie der § 13 der Hauptsatzung gestaltet werden solle.

**Herr Jahnke** betont, die Verwaltungsspitze habe sehr wohl mit dem "Neuen Steuerungsmodell" zu tun. Er nennt negative Beispiele für die Kompetenz bzw. Auskunftsberechtigung von Fachbereichsleitern.

**Herr Fürst** sagt, dass sich die Philosophie des "Neuen Steuerungsmodells" geändert habe. Es sei eine konsequente Verschlinkung auf nur eine Spitze angedacht gewesen. Die Fachbereichsleiter sollten "quasi Dezernenten" sein und man müsse auch die Übergangszeiten berücksichtigen. Es gebe linienlose Führung. Die einzelnen Verwaltungsvorstände hätten Funktionen, die quer durch die Verwaltung wirkten, z. B. Personal. Er verweist darauf, dass dieser Entwurf ein Vorschlag sei und in den Fraktionen beraten werden sollte.

**Herr Bongartz** stellt fest, das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung müsse stimmen, sonst könne kein Modell funktionieren. Hochbezahlte Leute (Fachbereichsleiter) müssten Verantwortung tragen und auch mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein.

**Herr Renken** hofft auf eine einvernehmliche Lösung. Der Entwurf der Verwaltung zeige, dass die aus dem Rat vorgebrachte Kritik am Umfang der beabsichtigten Streichung der Wahlbeamtenstellen ernst genommen werde.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

## **Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 13.06.2001**

---

Punkt 5: Vorlage 13/1635  
Richtlinie des Rates der Stadt Emden über die Geschäfte der laufenden Verwaltung

**Herr Büüsker** erläutert die Änderungen in der Richtlinie und führt aus, dass hier nur leichte Rundungen vorgenommen wurden und die Änderungen somit gering seien.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Punkt 6: Vorlage 13/512/2  
3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Emden

**Herr Büüsker** zeigt die von der Verwaltung vorgenommenen Änderungen auf. Auch hier sei die EURO-Anpassung mit geringen Rundungen vorgenommen worden, allerdings müsse der § 11 neu eingefügt werden, um die Zuwendungen an die Fraktionen in Satzungsform zu regeln.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Punkt 8: Anfragen

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.35 Uhr.